

### **Investitionsbremsen lösen und Vorwärtsgang einlegen!**

Vorschläge für mehr Wachstum und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen

Positionspapier der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Beschluss vom 28. Juni 2016

---

#### **Unser Land: Starke Menschen, starke Wirtschaft**

- Mit seinen fast 18 Millionen Einwohnern ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste Bundesland. Sein Bruttoinlandsprodukt von fast 650 Milliarden Euro macht Nordrhein-Westfalen zur größten Volkswirtschaft aller deutschen Länder und zur siebtgrößten Volkswirtschaft in der Europäischen Union.
- Unser Land ist der wichtigste Standort der deutschen Schlüsselindustrien Maschinenbau, Chemie und Metallerzeugung. Das Wirtschaftsgebiet Rhein-Ruhr ist der größte industrielle Ballungsraum Europas.
- Nordrhein-Westfalen ist das Land von Mittelstand und Tradition. Sechs der zehn umsatzstärksten deutschen Familienunternehmen haben bei uns ihren Sitz.
- Nordrhein-Westfalen ist das Land des Handwerks. 1,1 Millionen Menschen sind in den fast 190.000 nordrhein-westfälischen Handwerksbetrieben beschäftigt.
- Unser Land ist der mit Abstand dichteste Hochschulstandort der Republik. 72 Universitäten und Fachhochschulen stehen für Innovation und Fortschritt.
- Nordrhein-Westfalen ist das Rückgrat der deutschen Energieversorgung und Treiber der Energiewende. Ein Drittel des bundesweiten Strombedarfs wird bei uns produziert. Die Branche der Erneuerbaren Energien ist zu einem wichtigen Wirtschaftszweig geworden. Über 3.500 nordrhein-westfälische Betriebe sind im regenerativen Anlagen- und Systembau tätig.

#### **Unser Leitbild: Zutrauen in Menschen und Wirtschaft statt Überregulierung**

- Nordrhein-Westfalen ist die Heimat zahlreicher Weltmarktführer. Sie verbinden Tradition mit neuen Ideen und sichern so hunderttausende Arbeitsplätze.
- Die Industrie, das Dienstleistungsgewerbe und der Mittelstand in unserem Land zeichnen sich durch eine hohe Innovationskraft aus. Ohne ihre mutigen unternehmerischen Entscheidungen hätte Nordrhein-Westfalen seine nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit bereits verloren.

- Wir haben allen Grund dazu, auf die Leistungen und Fähigkeiten der Unternehmen und Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen stolz auf sein. Sie wissen besser als Behörden und Regierungsbeamte, in welche Richtung und an welchen Orten sich ihr Unternehmen entwickeln kann und entwickeln muss.
- Deswegen muss Schluss sein mit einer Mentalität des ständigen Misstrauens und der staatlichen Bevormundung, die sich gegen die Wirtschaft, ihre Unternehmen und ihre Beschäftigten richtet.
- Nordrhein-Westfalen hat riesige Potenziale. Wir müssen uns wieder stärker auf das Engagement und die Ideen unserer Bürger und Unternehmen verlassen, damit diese Potenziale voll ausgeschöpft werden können. Dafür braucht es Freiräume und keine politische Überregulierung.
- Die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen muss deshalb zu einer Kultur des Zutrauens in die Fähigkeiten seiner Menschen und Unternehmen finden und mehr Offenheit gegenüber neuen Ideen und mutigen Vorschlägen zeigen.

### **Der Weckruf: Nullwachstum in Nordrhein-Westfalen**

- Trotz all ihrer Stärken wächst Nordrhein-Westfalens Wirtschaft nicht mehr.
- Nach über zwei Jahrzehnten unterdurchschnittlichen Wachstums erreichte unser Bundesland im letzten Jahr endgültig die Talsohle. Während alle anderen Bundesländer 2015 ein deutliches Wirtschaftswachstum verzeichnen konnten, stagnierte die Entwicklung an Rhein, Ruhr und Wupper.
- Besonders dramatisch fällt die Entwicklung in der Industrie aus. Während das verarbeitende Gewerbe bundesweit um 1,7 Prozent wachsen konnte, schrumpfte es in Nordrhein-Westfalen um 2,1 Prozent.
- Im ersten Quartal 2016 hat sich die Industrieproduktion in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Vorjahresquartal sogar um 3,8 Prozent verringert. Dabei nahm die Produktion von chemischen Erzeugnissen um 7,3 Prozent, die von Maschinen um 4,6 Prozent und die von Metallerzeugnissen um 12,6 Prozent ab.
- Nullwachstum und eine schrumpfende Industrie treffen das industrielle Kernland der Bundesrepublik besonders hart. Sie sind ein Weckruf an die Verantwortungsträger der Landespolitik, umgehend Maßnahmen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze zu ergreifen.

### **Die Gründe: Fehlende Investitionen durch schlechte Rahmenbedingungen**

- Seit 1991 hat sich die Wachstumslücke zwischen Nordrhein-Westfalen und den westdeutschen Bundesländern auf rund 10 Prozent summiert. Die Folgen sind eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, eine hohe Armutsquote und fehlende Steuereinnahmen. Einige Regionen unseres Landes haben dadurch erheblich an Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität eingebüßt.
- Dafür verantwortlich sind in erster Linie aber nicht der Strukturwandel oder globale Wirtschaftstrends, die auch andere Bundesländer betreffen.

- Zwei unabhängig voneinander veröffentlichte Studien haben gezeigt, dass die Wachstumslücke der nordrhein-westfälischen Wirtschaft im Verhältnis zur bayerischen Wirtschaft selbst bei identischer Wirtschaftsstruktur beider Länder genauso hoch wäre wie aktuell.
- Es sind also vor allem die landespolitischen Rahmenbedingungen, die Innovation und Wachstum in Nordrhein-Westfalen ausbremsen.
- Seit Jahren wird viel zu wenig in Forschung und Entwicklung, Zukunftstechnologien und Infrastruktur investiert. Die Produktivität der Wirtschaft sinkt, Investitionen oder ganze Unternehmen wandern aus Nordrhein-Westfalen ab.
- Die Investitionsquote des verarbeitenden Gewerbes ist nur in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern schlechter als in Nordrhein-Westfalen.
- Dieser Trend muss umgekehrt werden.

### **Der Weg zu mehr Wachstum: Vorrang für Arbeitsplätze**

- Die Belange von Unternehmen, Mittelstand, Handwerk und Industrie müssen wieder in den Fokus der Landespolitik gestellt werden. Nordrhein-Westfalen braucht auf allen Ebenen einen Vorrang für Wirtschaftspolitik.
- Ressortübergreifend müssen Wege eingeschlagen werden, die zu mehr unternehmerischer Freiheit und einem investitions- und wachstumsfreundlichen Klima führen. Nur so kann der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen revitalisiert werden.

### **Vorschläge für mehr Wachstum und Arbeitsplätze**

#### **NRW-Konjunkturpaket zum Nulltarif: Bürokratieabbau jetzt**

- In den letzten Jahren wurden in Nordrhein-Westfalen unnötige oder nicht zielführende Gesetze und Regulierungen neu eingeführt, die für die Unternehmen einen erheblichen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen. Gerade kleinere und mittelständische Firmen leiden unter den damit verbundenen Mehrkosten.
- Regelwerke zum Klimaschutz, deren verbindliche Anwendung den Unternehmen für die Zukunft angedroht wird, hemmen zudem die Investitionsbereitschaft.
- Gleichzeitig bietet die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaft die Möglichkeit, unvermeidbare Bürokratie anwenderfreundlich zu gestalten und Unternehmen von unnötigen bürokratischen Lasten zu befreien.
- *Im Sinne einer Entlastungsoffensive für die Unternehmen im Land plädieren wir daher für*
  - *die sofortige Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes,*
  - *die sofortige Abschaffung des Landesklimaschutzgesetzes und*
  - *die sofortige Rücknahme des Landesklimaschutzplans,*
  - *die Erarbeitung und Umsetzung einer umfassenden E-Government-Strategie, um unvermeidbare Bürokratie anwenderfreundlich zu gestalten.*

## **Unternehmen Raum geben: Landesplanung wieder neu ausrichten**

- Grundgedanke der in Nordrhein-Westfalen vor über 50 Jahren im parteipolitischen Konsens modernisierten Landesentwicklungsplanung war es, einen dritten Weg zwischen dirigistischer staatlicher Planung und unkontrollierter Entwicklung einzuschlagen. Die Raumplanung sollte sich stärker als zuvor an ökonomischen Kriterien orientieren und Unternehmen Platz zur Entwicklung geben.
- Dieser ursprüngliche Grundgedanke der Landesplanung in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren jedoch in sein Gegenteil verkehrt worden.
- Denn die aktuellen landespolitischen Vorstellungen zur Ausgestaltung des Landesentwicklungsplans sind beschäftigungs- und wachstumsfeindlich.
- Seit 2010 sind der Wirtschaft nach Erhebungen von IT.NRW hierzulande bereits fast 3.500 Hektar Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren gegangen.
- Die bisher vorgelegten Entwürfe zum Landesentwicklungsplan werden für noch weitere Investitionszurückhaltung sorgen.
- Beim Flächenbedarf soll eine äußerst umstrittene, weil zu restriktive landeseinheitliche Berechnungsmethode eingeführt werden, die Neuausweisungen von Gewerbe- und Industriegebieten fast unmöglich macht.
- Überregulierungen, die zunächst aus den bisherigen LEP-Entwürfen entfernt wurden, finden sich nun in anderen gesetzlichen Instrumenten der Landesplanung wieder und behindern die Unternehmen damit weiter.
- *Im Sinne einer wachstumsfördernden Landesentwicklungsplanung plädieren wir daher dafür,*
  - *einen Landesentwicklungsplan vorzulegen, der auf Restriktionen bei der Ausweisung von Flächen verzichtet und stattdessen Anreize für neue Industrie- und Gewerbeansiedlungen setzt,*
  - *die Umsetzung des Landesklimaschutzplans angesichts vorhandener europäischer Regelwerke aus dem Landesplanungsgesetz zu streichen,*
  - *im Landeswassergesetz auf Regelungen zu verzichten, die über die Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes hinausgehen*
  - *sowie im Landesnaturschutzgesetz auf die geplanten, besonders restriktiven Vorgaben für den Flächenausgleich sowie zusätzliche Klagerechte für Umweltverbände zu verzichten.*

## **Mobilität wiederherstellen: Verkehrswege ausbauen und sichern**

- Im Jahr 2015 gab es in Nordrhein-Westfalen 322.633 Kilometer Stau. Seit 2012 (161.000 km) haben sich die Staukilometer in unserem Bundesland damit verdoppelt. Der Autobahnausbau stockt. Stiegen die Investitionen in den Jahren 2005 bis 2010 von 667 Millionen Euro auf zuletzt 829 Millionen Euro, sinken sie seit diesem Zeitpunkt kontinuierlich und liegen mittlerweile bei nur noch 737 Millionen Euro.

- Die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ist wegen der maroden Fernstraßen und Brücken sowie schlechtem Baustellenmanagement bereits heute beeinträchtigt. Die schlechten Verkehrswege wirken sich negativ auf Produktionsprozesse und Wertschöpfungsketten aus und sind damit investitionshemmend. Die volkswirtschaftlichen Schäden sind schon heute enorm.
- Gleichzeitig dürfen auch die Bereiche Luftverkehr, Schienenverkehr und Wasserstraßen nicht vernachlässigt werden.
- *Um dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, seinen Unternehmen und Arbeitnehmern ihre Mobilität zurückzugeben, plädieren wir für*
  - *das Anlegen eines Vorrats von durchgeplanten Bundesfernstraßenprojekten, damit Bundesmittel in größtmöglichem Umfang abgerufen werden,*
  - *die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine Beschleunigung der Verkehrswegeplanung bei Projekten, die für das nordrhein-westfälische Infrastruktursystem von besonderer Bedeutung sind. Beispielgebend sind hier das im Zuge der Deutschen Einheit verabschiedete Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz und das 2014 verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung des Ersatzneubaus der Leverkusener Brücke, die jeweils eine eininstanzliche Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts bei Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss vorsehen,*
  - *einen Masterplan NRW zum Bundesverkehrswegeplan 2030 mit konkreter zeitlicher Priorisierung der Projekte und ihrer Umsetzung,*
  - *eine Verbesserung des Baustellenmanagements,*
  - *eine Reform des Landesbetriebs Straßenbau,*
  - *den Abbau des Investitions- und Sanierungsstaus im Bundesfernstraßenbau durch die Einbeziehung von ÖPP-Projekten,*
  - *Umschichtungen im Landeshaushalt weg von konsumtiven und hin zu investiven Ausgaben zum Ausbau der Landesstraßen,*
  - *die Entwicklung und Fortschreibung eines zukunftsweisenden Luftverkehrskonzepts, das auf einer verlässlichen Datengrundlage zu allen Flughäfen des Landes fußt und ein klares Bekenntnis zum internationalen Luftverkehrsstandort Nordrhein-Westfalen enthält,*
  - *Anstrengungen, noch mehr Güter von der Straße auf die Schienenwege und die Wasserstraßen zu verlagern:*
    - *durch eine Vertiefung des Rheins von derzeit 2,50 m auf bis zu 2,80 m (Flussabschnitt zwischen Duisburg und Bonn) sowie*
    - *durch eine schnelle und effektive Umsetzung des Ausbaus der Betuwe-Linie zwischen Emmerich und Oberhausen.*

### **Digitalen Anschluss nicht verlieren – Breitbandausbau forcieren**

- Die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaft ist ein Wachstumstreiber. Laut Berechnungen des Ifo-Instituts geht mit einem Ausbau des Breitbandnetzes um 10 Prozent ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von bis zu 1,5 Prozent einher.

- Die Digitalisierung von Maschinen, industriellen Produktionsketten und mittelständischen Geschäftsmodellen ist ein wesentlicher Faktor, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft dauerhaft aufrechterhalten zu können.
- Die Chancen der Digitalisierung erstrecken sich jedoch auch und vor allem auf den Dienstleistungssektor. Beispielhaft dafür steht der zukunftssträchtige Bereich der Gesundheitswirtschaft, der mit mehr als einer Million Beschäftigter in Nordrhein-Westfalen über eine große Wachstums-Dynamik verfügt.
- Zudem setzt eine moderne Verkehrsregulierung, die – neben dem baulichen Zustand unserer Straßen und Schienen – über die Funktionsfähigkeit unserer Verkehrswege in der Zukunft entscheiden wird, eine entsprechende digitale Infrastruktur voraus.
- In Nordrhein-Westfalen verfügen jedoch 6 von 10 Haushalten im ländlichen Raum und 9 von 10 Industrie- und Gewerbegebieten derzeit über keinen Zugang zum schnellen Internet von mindestens 50 Mbit/s – und dass, obwohl gerade für Dienstleister und produzierende Mittelständler hohe Upload-Kapazitäten immer wichtiger werden.
- Die bisherigen Fördermaßnahmen des Landes sind angesichts des hohen Investitionsbedarfes von 5,6 Mrd. Euro für einen flächendeckenden Ausbau vollkommen unzureichend.
- Die Start-Up-Unternehmen beklagen zudem die schlechten Rahmenbedingungen für ihre Branche im Land.
- *Damit Nordrhein-Westfalen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur den Anschluss nicht verliert, plädieren wir dafür,*
  - *300 Mio. Euro der freiwerdenden Mittel aus der auslaufenden Subventionierung des Steinkohlebergbaus in den Breitbandausbau zu investieren,*
  - *durch einen gezielteren Einsatz von europäischen Fördermitteln wie EFRE, einen vollständigen Abruf und effizienten Einsatz verfügbarer Bundesmittel sowie prioritätenorientierte Umschichtungen im Landeshaushalt die Landesfördermittel weiter aufzustocken,*
  - *das Förderprogramm der NRW.Bank grundlegend zu überarbeiten,*
  - *zu prüfen, wie durch einfachere Genehmigungsverfahren die Planungen für besonders wichtige Breitband-Projekte beschleunigt werden können,*
  - *zu prüfen, wie durch die Anwendung von Kombi-Modellen, in denen das Land, die Kommunen und die Kammern gemeinsam die Finanzierung übernehmen, der Ausbau von nicht rentablen, aber für die weitere wirtschaftliche Entwicklung einer Region wichtigen Breitband-Projekten forciert werden kann,*
  - *zu prüfen, inwiefern die Vergabe von Breitband-Projekten an private Dritte davon abhängig gemacht werden kann, dass diese auch den Anschluss gewerblicher Gebiete mitübernehmen,*
  - *Konzepte zu entwickeln, wie mehr privates Kapital für Start-Ups aktiviert werden kann,*

- *den Aufbau einer vitalen und sich selbst verstärkenden Start-Up-Szene stärker zu fokussieren und zu konzentrieren.*

### **Innovationsmotor starten – Forschung und Entwicklung besser fördern**

- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen sind unterdurchschnittlich. Unternehmen in Bayern verausgaben doppelt, Unternehmen in Baden-Württemberg sogar dreimal so viele Mittel.
- Dieser Trend wird durch die neue Hochschulgesetzgebung zusätzlich verstärkt. Mit ihr wurden die Freiheit von Forschung und Entwicklung erheblich eingeschränkt, Kooperationen zwischen Wirtschaft und Hochschulen erschwert und das Hochschulfreiheitsgesetz abgeschafft.
- Durch massive Eingriffsmöglichkeiten für die Landespolitik in die alltägliche Arbeit der einzelnen Hochschulen werden Investoren abgeschreckt. Das Gesetz schafft mehr Bürokratie und verlangsamt Entscheidungsprozesse.
- *Im Sinne einer Stärkung von Forschung und Entwicklung am Industriestandort Nordrhein-Westfalen plädieren wir für*
  - *eine grundlegende Reform des Landeshochschulgesetzes und den Abbau der durch das neue Gesetz entstandenen Bürokratie,*
  - *ein ernsthaftes und zielgerichtetes Engagement der Landesregierung für die Schaffung einer steuerlichen Forschungsförderung,*
  - *die Wiedereinführung eines Hochschulfreiheitsgesetzes, das den Universitäten und Fachhochschulen ihre Freiräume zurückgibt, indem sie*
    - *ihr wissenschaftliches Profil und ihre fachliche Ausrichtung selbst bestimmen können,*
    - *die für sich vorteilhafteste Form der Selbstorganisation wählen und ökonomisch frei agieren können,*
    - *Kooperationen mit Unternehmen deutlich einfacher eingehen und selbstbestimmt ausgestalten können,*
    - *bei der Auswahl ihrer Lehr- und Forschungskräfte frei von landespolitischer Einflussnahme entscheiden können.*

### **Investitionen in Köpfe: Ökonomische Bildung und duale Ausbildung als Standortfaktoren**

- Bildung ist eine Grundvoraussetzung für die Anschlussfähigkeit unserer Wirtschaft an die internationalen Märkte. Ein Mensch ist jedoch nicht nur dann hochgebildet, wenn er eine Hochschule besucht hat. Ein Master der Philosophie hat weder volkswirtschaftlich noch gesellschaftlich einen höheren Wert als ein Maschinen- und Anlagenführer oder Mikrotechnologe, nur weil letztere nicht über einen Hochschulabschluss verfügen.
- Dennoch nehmen immer weniger junge Menschen eine Ausbildung auf. Im Jahr 2014 wurden in Nordrhein-Westfalen nur noch 117.397 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung hat sich gravierend verändert und ist aus der Balance geraten. Die duale

Berufsausbildung gilt zwar als Garant unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, gerät jedoch durch den Trend zu Studium und Abitur zunehmend unter Druck.

- Ohne eine starke duale Berufsausbildung verschärft sich das Problem des Fachkräftemangels aber erheblich.
- Die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte sowie die Sicherung des Fachkräfteangebots setzen gerade am Technikstandort Nordrhein-Westfalen zudem eine technische Grundbildung voraus. Hier kommt der Schule eine entscheidende Rolle zu.
- Gegen die Fachkräftemangel anzugehen bedeutet auch, die Potenziale der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser zu nutzen. Das gilt für die neu hinzugekommenen Flüchtlinge ebenso wie für diejenigen, die schon in zweiter oder dritter Generation in unserem Land leben. Auch ihnen müssen wir Chancen auf Erfolg im Berufsleben durch bessere Bildung ermöglichen.
- *Um die Deckung des zukünftigen Bedarfs an Fachkräften zu sichern und im Sinne einer Betonung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung plädieren wir dafür,*
  - *die Neigungsdifferenzierung in den nicht speziell auf die gymnasiale Oberstufe vorbereitenden Schulen zu stärken, um die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg zu einer Berufswahlentscheidung zu fördern,*
  - *eine technische Grundbildung in diesen Schulen über das spezielle Fach Technik hinaus in die Lehrpläne für die Jahrgänge 7-10 aufzunehmen,*
  - *neben dem Abitur als Vorbereitung auf ein Studium für technisch-praktisch und pflegerisch interessierte Jugendliche ein duales Abitur an den Berufskollegs über die bestehenden Möglichkeiten an den beruflichen Gymnasien hinaus flächendeckend einzuführen,*
  - *dafür Sorge zu tragen, dass für den Unterricht in MINT-Fächern genügend und gut ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen,*
  - *zur besseren Koordination und Steuerung der Ausrichtung auf berufliche Ausbildung die Aufsicht über die Schulen des Sekundarstufe I-Bereichs (Haupt-, Real- und Sekundarschulen) organisatorisch zusammenzufassen,*
  - *die Bildungszentren der Wirtschaft und die Berufskollegs als Partner in der dualen Ausbildung hinsichtlich ihrer sachlichen und personellen Ausstattung zu stärken sowie*
  - *sogenannte „Lernräume“ an den berufsbildenden Schulen einzurichten, an denen dem Fachkräftenachwuchs in einer möglichst praxisnahen Lernumgebung der Umgang mit intelligenten Maschinen und digital vernetzten Prozessen vermittelt wird und die gleichzeitig als Demonstrationszentren für die mittelständische Wirtschaft dienen.*

### **Energie für und aus Nordrhein-Westfalen – sauber, sicher und bezahlbar**

- Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nummer eins. Ein Drittel der industriell genutzten Energie wird in Nordrhein-Westfalen verbraucht.



- Ohne die Leistungen der nordrhein-westfälischen Energiewirtschaft wäre sowohl die gesamtdeutsche Versorgungssicherheit als auch der Status unseres Landes als führender Industriestandort gefährdet.
- Energiekosten haben durch die Verteuerung der Strompreise in den letzten Jahren in vielen Industrie- und Wirtschaftsbereichen die Arbeitskosten als entscheidenden Wettbewerbsfaktor abgelöst.
- Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung.
- Nordrhein-Westfalen ist das Land der energieintensiven Industrien. Jeder zweite Arbeitsplatz der Stahlindustrie und jeder vierte Arbeitsplatz der chemischen Industrie ist in Nordrhein-Westfalen zu Hause. Unsere energieintensive Industrie arbeitet hoch effizient: So ist beispielsweise der Energieeinsatz in der chemischen Industrie seit 1990 um 20 Prozent gefallen, obwohl die Produktion um fast 60 Prozent gestiegen ist. Gleiches gilt für die Stahlproduktion: in China fallen pro Tonne Rohstahl um 38 Prozent höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen an als bei uns.
- *Damit Nordrhein-Westfalen zum Kernland der deutschen Energiewende wird und gleichzeitig Hort der Versorgungssicherheit bleibt, plädieren wir für*
  - *die Braunkohleverstromung, solange sie zur Sicherstellung der Energieversorgung und eines wirtschaftlichen Strompreisniveaus benötigt wird und die entsprechenden Tagebaue über Abbaugenehmigungen verfügen,*
  - *eine stärkere Nutzung der Windenergie durch klare landesrechtliche Rahmenbedingungen und eine Intensivierung des Repowerings,*
  - *mehr Investitionen in die Entwicklung und den Ausbau von Smart-Grids sowie die Erforschung neuer Speichertechnologien*
  - *sowie ein zielgerichtetes Engagement der Landesregierung für mehr Ausschreibungen und eine forcierte Marktintegration der Erneuerbaren.*
  - *Damit Nordrhein-Westfalen auch künftig über starke industrielle Wertschöpfungsketten verfügt, braucht das Land Klimaschutz mit Augenmaß. Weder dem Klima noch den nordrhein-westfälischen Arbeitsplätzen ist damit gedient, wenn energieintensive Produktion in andere Erdteile verlagert wird. Die Landesregierung muss sich deshalb bei den Institutionen der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass Reformen des bestehenden CO<sub>2</sub>-Emissionshandels nicht einseitig zu Lasten der einheimischen Stahlindustrie gehen.*

### **Standortnachteile ausgleichen: Steuerniveau in Kommunen senken**

- Durch die Ausrichtung des Gemeindefinanzierungsgesetzes und des Stärkungspaktes werden die Kommunen regelmäßig zur Erhöhung der Hebesätze genötigt.
- Dies führt im nationalen und internationalen Standortwettbewerb zu erheblichen Nachteilen für die Kommunen und die nordrhein-westfälische Wirtschaft insgesamt.

- Der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz lag 2015 in Nordrhein-Westfalen bei 442 Punkten – das ist der höchste Satz aller Flächenländer. Er lag damit um 24 Prozent über dem Bundesschnitt.
- Bei der Grundsteuer B liegt Nordrhein-Westfalen mit durchschnittlich 493 Punkten auf dem Spitzenplatz der deutschen Flächenländer. Die Grundsteuer B liegt in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich 35 Prozent über dem Bundesschnitt.
- Mit 6,5 Prozent wird in Nordrhein-Westfalen deutschlandweit (neben Schleswig-Holstein und Saarland) zudem die höchste Grunderwerbssteuer fällig, für deren Festsetzung allein das Land verantwortlich ist.
- *Um diesen erheblichen Standortnachteil für Nordrhein-Westfalen auszugleichen und das Steuerniveau zu senken, plädieren wir für*
  - *eine grundlegende Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes und des Stärkungspakts, die den Kommunen wettbewerbsfähige Grund- und Gewerbesteuerhebesätze ermöglicht,*
  - *eine Rücknahme der Erhöhung der Grunderwerbsteuer.*

### **Qualität und Akzeptanz der Rechtsprechung stärken**

- Eine unabhängige, bürgernahe und gut funktionierende Justiz ist nicht nur ein wesentlicher Grundpfeiler unseres demokratischen Rechtsstaates.
- Von einem zuverlässig und schnell arbeitenden Justizapparat profitieren auch die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Unternehmen.
- Die Qualität und Akzeptanz der Rechtsprechung ist deshalb ein bedeutsamer Faktor für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.
- *Um diesen Standortvorteil zu erhalten und weiter auszubauen, plädieren wir dafür*
  - *die nordrhein-westfälische Justiz so auszustatten, dass qualitativ hochwertiger Rechtsschutz in einer angemessenen Verfahrensdauer gewährt wird,*
  - *Wirtschafts- und Korruptionsstraftaten konsequent zu bekämpfen,*
  - *den Patentgerichtsstandort Düsseldorf weiter zu stärken,*
  - *die internationale Verknüpfung der Register und die Zusammenarbeit der registerführenden Stellen mit Mitteln moderner Informationstechnik weiter voranzutreiben sowie*
  - *den elektronischen Rechtsverkehr zügig in der gesamten Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen zu etablieren.*

### **Nordrhein-Westfalen für den Freihandel**

- Freier Handel und freie Direktinvestitionen sind für Wohlstand und Wachstum in Deutschland von größter Bedeutung. Gerade für das Industrie- und Exportland Nordrhein-Westfalen ist Freihandel existenziell – ohne ihn wäre der Lebensstandard in Nordrhein-Westfalen nur halb so hoch wie heute.

- Nordrhein-Westfalen ist Exportland. Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie, der chemischen Industrie und des Maschinen- und Anlagenbaus exportieren 63 Prozent ihrer Produktion. Die USA sind für die nordrhein-westfälischen Unternehmen der wichtigste außereuropäische Handelspartner. Entsprechend hoch sind die Erwartungen der nordrhein-westfälischen Industrie: 85 Prozent der Unternehmen erwarten von TTIP positive Effekte für Ihre Betriebe.
- Durch eine Vereinheitlichung von Standards im Rahmen eines Handelsabkommens mit den USA können gerade die exportabhängigen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen Geld sparen und in Forschung und Arbeitsplätze reinvestieren.
- Durch den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen werden Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze auch in Nordrhein-Westfalen gesichert und neue Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse entstehen.
- Die Durchsetzung eines zukunftsweisenden, unabhängigen und transparenten Investitionsschutzes im Rahmen des TTIP-Abkommens könnte zudem als Blaupause für weitere Abkommen dieser Art dienen und den deutschen Unternehmen weltweit mehr Planungs- und Investitionssicherheit geben.
- Dabei wäre ein neues Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA kein Sonderfall, sondern ein Stück Normalität in Zeiten einer globalisierten Wirtschaft. Weltweit sind bei der Welthandelsorganisation bis heute fast 600 regionale Freihandelsabkommen notifiziert worden.
- *Um die Zukunftsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen langfristig zu erhalten, das Wachstum im Land anzukurbeln und die hohen europäischen Standards zu sichern, plädieren wir*
  - *für ein klares gemeinsames Bekenntnis von Politik und Wirtschaft zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA*
  - *sowie ein ernsthaftes und zielgerichtetes Werben der Landesregierung um mehr Akzeptanz der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen für das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen.*

### **Eine gemeinsame NRW-Agenda**

Nordrhein-Westfalen gehört in die Spitzengruppe der Bundesländer. Die richtigen landespolitischen Weichen müssen jetzt gestellt werden, um Wirtschaft und Industrie wieder auf die Beine zu helfen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Politik und Wirtschaft müssen die Probleme mit einer gemeinsamen Agenda angehen. Eine Agenda, die Hürden und Barrieren für unternehmerische Freiheiten abbaut, den Mut für Innovationen belohnt und nicht bestraft und die digitale und analoge Infrastruktur in unserem Land ertüchtigt. Eine Agenda, die zwar bestehende Wertschöpfungsketten im Blick hat, aber auch Netzwerke und Verbindungen zwischen der klassischen Industrie und neuen Formen der Informationstechnologie schafft.

Die Politik muss darüber hinaus zu einer Kultur der Berechenbarkeit und des Zutrauens zurückfinden. Grundsatz der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass der Staat nur innerhalb eines klaren Ordnungsrahmens agiert und den Unternehmen so ein Mindestmaß an Planungssicherheit gewährt. Wenn sich die Halbwertszeit politischer

Entscheidungen und neuer Regelwerke jedoch ständig verkürzt, sinkt das Vertrauen der Wirtschaft in die Politik. Wird die Politik als ständiger Unsicherheitsfaktor wahrgenommen, bleiben nachhaltige Investitionen in den Standort aus. Politik muss ein verlässlicher Partner der Wirtschaft sein – und kein Risikofaktor.

In dieser Rolle ist es auch Aufgabe der Politik, den Menschen die Bedeutung industrieller Wertschöpfung und einer vitalen Wirtschaft für ihren Lebensstandard und ihre unmittelbare Lebenswelt nahe zu bringen. Ohne einen Grundkonsens zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen darüber, dass technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum Nordrhein-Westfalen erst zu dem gemacht haben, was es heute ist, kann keine Wirtschaftspolitik auf Dauer erfolgreich sein. Es gilt, einer fortschreitenden Entkoppelung der Erfahrungswelten von Bürgern, Politikern und Unternehmensführern entgegenzuwirken und immer wieder deutlich zu machen, dass eine vitale Wirtschaft im Interesse aller liegt. Nur so kann die Akzeptanz für wichtige Großprojekte in der Bevölkerung gewonnen werden. Nur so kann dafür Sorge getragen werden, dass die Industrie in Nordrhein-Westfalen nicht als Fremdkörper, sondern als Wohlstandtreiber wahrgenommen wird. Im industriellen Schlüsselnd der Bundesrepublik braucht es ein starkes Bekenntnis zur Industrie.

Letztlich muss die nordrhein-westfälische Landespolitik auch und vor allem als Sach- und Interessenwalter seiner heimischen Wirtschaft auftreten. Im politischen Mehrebenensystem zwischen Europäischer Union, Bund und Land wird die kumulative, bürokratische Wirkung von Rahmenrichtlinien, Bundesgesetzen, Bundesverordnungen und landespolitischen Regelungen erst in den Kommunen und den örtlichen Unternehmen praktisch erfahrbar. Vor diesem Hintergrund muss es erste Prämisse der Landespolitik sein, als Mittelinstanz abzuschätzen, in welchen Bereichen den Unternehmen oder Gebietskörperschaften überhaupt noch weitere Regulierungen zuzumuten sind und wo sie – im Gegenteil – entlastet werden müssen. Hier kommt der Landespolitik eine Schutzfunktion zu, in deren Rahmen gewissenhaft darauf zu achten ist, dass die Belastungsgrenze der nordrhein-westfälischen Unternehmen durch zusätzliche landespolitischen Gesetze, Pläne oder Regelwerke nicht überschritten wird.

Wir wollen Nordrhein-Westfalen in die Spitzengruppe der deutschen Länder führen.  
Wir wollen Blockaden lösen und den Vorwärtsgang einlegen.